

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2025 / Ausgabe 167 – 11. April 2025



SONDERAUSGABE

Koalitionsvertrag

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

nach dem Wahlsieg ist vor der Arbeit. Die Koalitionsverhandlungen sind abgeschlossen – und wir haben vielen Unkenrufen zum Trotz recht ordentlich geliefert. Friedrich Merz wird Bundeskanzler. CDU und CSU setzen die Leitplanken für die nächsten Jahre – und Deutschland bekommt endlich wieder eine Regierung, die anpackt, statt nur zu streiten.

Der Koalitionsvertrag ist ein deutliches Signal: Wir wollen unser Land nicht nur besser verwalten, wir wollen es erneuern. Klar, mutig und mit gesundem Menschenverstand.

Die Ausgangslage ist bekannt: Wir stecken in der Rezession. Die Wirtschaft ächzt unter Bürokratie und Abgaben. Die Migration ist aus dem Ruder gelaufen. Die innere Sicherheit steht vielerorts unter Druck. Und unsere Wehrfähigkeit ist trotz aller Sonntagsreden der letzten Jahre lückenhaft. Wir haben in den Koalitionsverhandlungen vieles durchgesetzt, was dringend nötig ist – von der Wirtschaftswende über die Migrationswende bis hin zu mehr innerer und äußerer Sicherheit.

In der Wirtschaftspolitik setzen wir auf Entlastung und Erneuerung. Wir senken die Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß, schaffen massive Investitionsanreize (degressive Abschreibung 3x30%), entlasten kleine und mittlere Einkommen und treiben den Bürokratieabbau mit einem Sofortprogramm voran. Das Bürgergeld, das absurde Lieferkettengesetz und das ideologisch aufgeladene Heizungsgesetz kommen weg. Agrardiesel wird wieder vollständig rückvergütet. Für uns steht fest: Wer arbeitet, wer investiert, wer Verantwortung übernimmt – der verdient Respekt und Rückenwind, nicht Misstrauen und Gängelung. Den Sozis werden wir keine Steuererhöhungen oder neuen Bürokratie-Exzesse durchgehen lassen. Dafür stehen wir.

In der Migrationspolitik kommt endlich die Wende, die unser Land so dringend braucht. Mit klaren Regeln, wirksamer Rückführung und dem Mut zur Ordnung. Wir führen Zurückweisungen an den Grenzen ein – auch bei Asylgesuchen, in Abstimmung mit unseren Nachbarn. Der Familiennachzug für subsidiär Schutzberechtigte wird ausgesetzt. Die

Liste sicherer Herkunftsstaaten wird erweitert. Die Bundespolizei bekommt mehr Befugnisse, die Abschiebekapazitäten werden ausgebaut, und auch nach Afghanistan und Syrien kann wieder abgeschoben werden. Wir setzen auf Integration durch Leistung – und sagen klar: Der deutsche Pass steht am Ende eines erfolgreichen Integrationsprozesses, nicht am Anfang. Deshalb wird die Turbo-Einbürgerung nach drei Jahren abgeschafft.

Bei der inneren Sicherheit setzen wir auf klare Kante. Die Polizei und unsere Einsatzkräfte verdienen Rückhalt, keine Debatten über angeblich strukturellen Rassismus. Wer unsere Helfer angreift, greift den Rechtsstaat an – und wird künftig härter zur Rechenschaft gezogen. Wir ermöglichen moderne digitale Ermittlungsbefugnisse, schützen unsere Einsatzkräfte besser und verschärfen den Kampf gegen Clankriminalität. Die vollständige Beweislastumkehr bei Vermögen unklarer Herkunft ist ein Paradigmenwechsel im Kampf gegen organisierte Kriminalität – und überfällig. Wir haben die Speicherung von IP-Adressen und die elektronische Fußfessel für Frauenschläger vereinbart.

Auch außenpolitisch und sicherheitspolitisch gehen wir voran. Wir bauen die Bundeswehr aus, schaffen zuerst einen attraktiven freiwilligen Wehrdienst nach schwedischem Vorbild und entwickeln den Bundessicherheitsrat zum Nationalen Sicherheitsrat weiter. Sicherheit ist die Voraussetzung für Frieden – das muss eine wehrhafte Demokratie auch leben.

Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihre Geduld. Die Richtung stimmt – jetzt gilt es, Schritt für Schritt weiterzugehen. Deutschland kann mehr. Und Deutschland verdient mehr.

Wir werden in dieser Koalition sehr genau darauf achten, dass der eingeleitete Politikwechsel auch tatsächlich bei den Menschen ankommt – und nicht durch den Koalitionspartner, linke NGOs oder ministeriale Bremsklötze verwässert oder ausgebremst wird. Unser Auftrag ist klar: Steuern runter, nicht rauf. Weniger Bürokratie, nicht mehr. Wer glaubt, mit uns sei ein Weiter-so à la Ampel möglich – mit wachsender Staatsquote, wachsender Gängelung und wachsender Bevormundung – der wird sich täuschen.

Unsere Leitlinie bleibt klar: Mehr Freiheit, mehr Eigenverantwortung, mehr Vertrauen in die Bürger und Betriebe dieses Landes. Gerade in wirtschaftlich unsicheren Zeiten braucht es Ermutigung – nicht Belastung.

Machen Sie sich gern selbst ein Bild: Den vollständigen Entwurf des Koalitionsvertrags finden Sie unter www.cdu.de. Eine Einordnung zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen folgt weiter unten.

Herzlichst Ihr

Klaus-Peter Willsch

Koalitionsvertrag: Der Politikwechsel kommt!

Einordnung zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen

Nach der gewonnenen Bundestagswahl hat die Union nun auch die Koalitionsverhandlungen erfolgreich abgeschlossen. CDU und CSU haben sich mit der SPD auf einen gemeinsamen Vertrag verständigt.

Wir lösen damit unser Wahlversprechen ein: Deutschland bekommt den Politikwechsel, den es dringend braucht, und eine starke und handlungsfähige Bundesregierung unter Führung von CDU/CSU und Bundeskanzler Friedrich Merz.

Die schwarz-rote Koalition hat nun eine echte Chance, Deutschland und Europa wieder nach vorne zu bringen. Wir reformieren, investieren und führen Deutschland zu neuer Stärke.

Die wichtigsten Ergebnisse aus Sicht der Union

1. Politikwechsel für die Wirtschaft: Wir entlasten Bürger und Unternehmen, damit sich Leistung wieder lohnt.

- Investitions-Booster in Form einer degressiven Abschreibung auf Ausrüstungsinvestitionen von 30 Prozent in den Jahren 2025 bis 2027
- Reduzierung der Körperschaftsteuer in fünf Schritten um jeweils einen Prozentpunkt, beginnend mit dem 1. Januar 2028. Zudem werden Optionsmodell und Thesaurierungsbegünstigung verbessert
- Reduzierung der Einkommensteuer für kleine und mittlere Einkommen zur Mitte der Legislatur
- Entlastung von Unternehmen und Verbrauchern dauerhaft um mindestens fünf Cent pro kWh durch Senkung der Stromsteuer auf das europäische Mindestmaß und Reduzierung von Umlagen und Netzentgelten
- 25 Prozent weniger Bürokratiekosten für die Wirtschaft durch ein nationales „Sofortprogramm für den Bürokratierückbau“ bis Ende 2025
- Abschaffung des nationalen Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes

- Schaffung einer digitalen Agentur für Fachkräfteeinwanderung („Work-and-stay-Agentur“)
- Entlastung von Landwirten durch Wiedereinführung der Agrardieselrückvergütung
- Abschaffung des Heizungsgesetzes; Ersetzung durch ein technologieoffenes Gebäudeenergiegesetz
- Abschaffung des sog. Bürgergeldes; Einführung der neuen Grundsicherung: Vorrang für Vermittlung; härtere Sanktionen bei Verweigerung
- Einführung der Aktivrente: bis zu 2.000 Euro Gehalt im Monat steuerfrei
- Steuerfreie Überstundenzuschläge bei Vollzeitarbeit
- Mehr Flexibilität für Arbeitnehmer, Familien und Unternehmen durch eine wöchentliche statt der täglichen Höchstarbeitszeit

2. Politikwechsel bei Innerer Sicherheit: Jeder soll sich im Alltag ohne Angst frei bewegen können und rund um die Uhr sicher fühlen.

- Sicherheitsoffensive mit zeitgemäßen digitalen Befugnissen: Speicherung von IP-Adressen und Portnummern für drei Monate; Quellen-TKÜ für die Bundespolizei zur Bekämpfung schwerer Straftaten
- Einführung der elektronischen Fußfessel für Gewalttäter gegen Frauen
- Verschärfung des strafrechtlichen Schutzes von Einsatz- und Rettungskräften, Polizisten sowie Angehörigen der Gesundheitsberufe
- Kampf gegen organisierte Kriminalität und Banden- und Clankriminalität: vollständige Beweislastumkehr beim Einziehen von Vermögen unklarer Herkunft

3. Politikwechsel bei Migration: Wir sorgen für eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik.

- Zurückweisungen an unseren Staatsgrenzen auch bei Asylgesuchen in Abstimmung mit unseren Nachbarn
- Zweijährige Aussetzung des Familiennachzugs für subsidiär Schutzberechtigte

- Erweiterung der Liste der sicheren Herkunftsstaaten; insbesondere um Staaten, deren Anerkennungsquote seit mindestens fünf Jahren unter fünf Prozent liegt
- Rückführungsoffensive unter anderem durch Ausweitung der Kompetenzen der Bundespolizei, Zentralisierung der Zuständigkeiten bei Dublin-Überstellungen beim Bund und deutliche Erhöhung der Kapazitäten für Abschiebehaft
- Umfassende gesetzliche Regelungen, um die Zahl der Rückführungen zu steigern
- Erhöhung der Rücknahmebereitschaft von Herkunftsstaaten, auch durch den Einsatz von Visa-Vergabe, Entwicklungszusammenarbeit, Handels- und Wirtschaftsbeziehungen als Hebel
- Keine „Turbo-Einbürgerung“ nach drei Jahren: Der deutsche Pass steht am Ende einer erfolgreichen Integration, nicht am Anfang
- Konsequente Umsetzung der bestehenden Leistungsabsenkungen für Ausreisepflichtige
- Flüchtlinge aus der Ukraine, die nach dem 1. April 2025 einreisen, sollen wieder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz erhalten. Die Bedürftigkeit muss durch konsequente und bundesweit einheitliche Vermögensprüfungen nachgewiesen werden
- Abschiebungen auch nach Afghanistan und Syrien
- Möglichkeit für dauerhaften Ausreisearrest für ausreisepflichtige Gefährder und Täter schwerer Straftaten nach Haftverbüßung, bis die freiwillige Ausreise oder die Rückführung erfolgt
- Vorantreiben eines restriktiveren Asylkurses in Europa, damit zum Beispiel Asylgewährung und Rückführungszentren in Staaten außerhalb der EU ausgelagert werden können

4. Politikwechsel bei äußerer Sicherheit: Wir müssen uns verteidigen können, um uns nicht verteidigen zu müssen.

- Weiterentwicklung des Bundessicherheitsrats zu einem Nationalen Sicherheitsrat im Bundeskanzleramt

- Höhere Ausgaben für Verteidigung bei klarer Orientierung an vereinbarten Fähigkeitszielen der NATO
- Mehr Personal für die Bundeswehr durch einen attraktiven Wehrdienst, zunächst auf Freiwilligkeit; dabei Orientierung am schwedischen Wehrdienstmodell

5. Weitere wichtige Ergebnisse der Verhandlungen:

- Reform des Wahlrechts
- Verwaltungsleistungen digital über eine zentrale Plattform
- Bund-Länder-Pakt für Planungs-, Genehmigungs- und Umsetzungsbeschleunigung
- Investitions-, Steuerentlastungs- und Entbürokratisierungsoffensive für einen echten Wohnungsbau-Turbo
- Einsparungen bei Personalkosten: mindestens acht Prozent weniger Personal in der Bundestagsverwaltung bis 2029; Halbierung der Zahl der Bundesbeauftragten
- Vereinfachung von Gründungen durch eine zentrale Anlaufstelle, die alle Anträge und Behördengänge auf einer Plattform digital bündelt und eine Unternehmensgründung innerhalb von 24 Stunden ermöglicht
- Freiräume für neue Ideen durch Experimentierklauseln in Gesetzen und Pilotprojekte ohne bürokratische Hürden
- Einführung der Frühstart-Rente: 10 Euro pro Monat für Sechsjährige bis 18-Jährige, die in Deutschland eine Bildungseinrichtung besuchen, zur eigenen Altersvorsorge

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook/Instagram

Ihnen gefällt mein Hauptstadtbrief und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook und Instagram zu folgen.

www.facebook.com/klauspeter.willsch

www.instagram.com/klauspeterwillsch

Kontakt

Büro Berlin

Klaus-Peter Willsch MdB

Platz der Republik 1

11011 Berlin

Tel.: (030) 227 73124

klaus-peter.willsch@bundestag.de

Wahlkreisbüro:

Klaus-Peter Willsch MdB

Hirsenstr. 13

65329 Hohenstein

Tel.: (06120) 91 00 51

klaus-peter.willsch.wk@bundestag.de